



Entwässerung: A1-Lückenschluss nimmt weitere Hürde

Mitte Oktober informierte Wirtschafts- und Verkehrsministerin Daniela Schmitt darüber, dass die Überprüfung der Entwässerungsplanung für den A1-Lückenschluss inzwischen abgeschlossen sei. Die angepassten Planunterlagen liegen zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen einer ergänzenden Planoffenlage bis zum 7. November 2022 öffentlich in den Gemeinden aus. Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hatte eine Überprüfung der Entwässerungsplanung notwendig gemacht.

„Der A1-Lückenschluss ist eines der drängendsten Infrastrukturprojekte in Rheinland-Pfalz. Er ist von hoher Bedeutung für die Eifelregion aber auch für das deutsche Infrastrukturnetz insgesamt“, erklärte Schmitt. Sie begrüßte, dass die Überprüfung der Entwässerungsplanung nun abgeschlossen sei. „Wir planen verantwortungsvoll und zügig und kommen dem A1-Lückenschluss einen entscheidenden Schritt näher“, so die Verkehrsministerin.

Die Planungen für den A1-Lückenschluss hätten im Sommer 2021 kurz vor dem Abschluss gestanden. Aufgrund des Hochwasserereignisses Mitte Juli 2021 musste die bisherige Entwässerungsplanung für den A1-Lückenschluss überprüft werden. Diese Überprüfung in Abstimmung mit der zuständigen Wasserbehörde des Landes sei nun abgeschlossen. Demzufolge würden aufgrund des Flutereignisses höhere Niederschlagswerte zugrunde gelegt, so dass Planänderungen wie beispielsweise Vergrößerungen der Regenrückhaltebecken vorgenommen worden seien. Darüber hinaus werde durch die zusätzliche Anlage von Retentionsbodenfilteranlagen die Reinigungsleistung der Rückhalteanlagen zum Schutz der Gewässer deutlich erhöht und damit den aktuellen wasserrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen.

Durch die Umplanung und die Nachrüstung der entwässerungstechnischen Einrichtungen sei eine ergänzende Offenlage dieser so genannten Deckblattplanung erforderlich. Die ergänzenden Planunterlagen liegen derzeit nach vorheriger Bekanntmachung seit dem 6. Oktober für die Dauer eines Monats noch bis zum 7. November 2022 in den Verbandsgemeindeverwaltungen Adenau, Kelberg, Gerolstein und Daun sowie bei der Gemeindeverwaltung Blankenheim zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Zeitgleich können die Planunterlagen auch auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz unter [planfeststellung.lbm.rlp.de](https://www.planfeststellung.lbm.rlp.de) eingesehen werden.

Die Autobahn GmbH des Bundes hat am 1. Januar 2021 die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb aller Autobahnen in Deutschland übernommen und ist somit Vorhabenträger des Projektes. Zur Fortführung der fortgeschrittenen Planungsaktivitäten hat die Autobahngesellschaft eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Rheinland-Pfalz geschlossen.

730 Kilometer lange Verbindung

Mit dem Lückenschluss der A1 zwischen Kelberg und Blankenheim soll eine durchgehende Fernstraßenverbindung von der Ostsee bis nach Frankreich auf einer Länge von rund 730 Kilometern entstehen. Der Weiterbau der A1 ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in die Dringlichkeit „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft.

Die Planungen zum A1-Lückenschluss werden gemeinsam von der Autobahn GmbH des Bundes und dem Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz vorgenommen. **MWWLW/AS**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Eine Baggerschaufel vor blauem Himmel: Tatsächlich tun sich aus der Sicht der Branche am Horizont Wolken auf.

Bauwirtschaft sieht Land und Bund in der Pflicht

VERBANDSTAG: Aktuelle Situation in der Baubranche von Krisen geprägt.

VON HEIKO BECKERT

Nein, es sind keine einfachen Zeiten. Die Corona-Pandemie, eine stotternde Wirtschaft und ein Krieg in der Ukraine – „all das bewegt uns“, sagte Klaus Rohletter, Präsident der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, vor rund 300 Zuhörern im Mainzer Favorite Parkhotel. Angesichts dieser Herausforderungen sehe die Baubranche mit „gemischten Gefühlen“ in die Zukunft, berichtete er am „Tag der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz 2022“. Zwar sei die Auftragslage gut, doch es gebe viele Unsicherheiten.

Sorgen bereiten Rohletter – und der gesamten Branche – unter anderem die Energiekrise und steigende Kosten. Hier sei die Bundesregierung gefragt. Die Koalition in Berlin müsse „auch offen sein für Kernkraft“. „Ideologische Verblendung“ könne sich das Land nicht leisten, plädierte Rohletter für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken.

Zu schaffen machte auch das Anfang des Jahres von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verhängte Stopp der KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren. Das sei Gift für den Wohnungsbau gewesen. Und das von der Bundesregierung gesetzte Ziel von 400.000 Wohneinheiten ist ihm zufolge utopisch. „Aktuell müssen wir in der Bauwirtschaft vor allem im Wohnungsbau auf Sicht fahren.“

Die Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz funktioniere zwar besser als die im Bund, doch auch von der Landesregierung for-

derte Rohletter Nachbesserungen: „Wir freuen uns, dass die Politik verstärkt Finanzmittel für eine intakte Infrastruktur zur Verfügung stellt, aber es fehlt bei der Verwaltung an qualifiziertem Personal für Planung, Ausschreibung und Abwicklung von Aufträgen.“ Die Folge: eine „lähmende Bürokratie“, die wichtige Projekte verschleppe. Darüber hinaus sprach sich Rohletter für eine stärkere Nutzung heimischer Bodenschätze aus: „Wir brauchen die Bodenschätze vor Ort, wie Gesteine, Sand, Kies und Basalt. Und wir brauchen Deponieraum für nicht-verwertbare Böden.“

Baubranche spiele eine besondere Rolle

Ob diese Botschaften bei der anwesenden rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt angekommen sind? Die Ministerin empfahl sich jedenfalls als Ansprechpartnerin. Angesichts der krisenhaften Situation sei „Dialog wichtiger denn je“. Darüber hinaus betonte sie ihre Bereitschaft, mit der Baubranche zusammenzuarbeiten. „Ein Staat ist immer so stark, wie seine Wirtschaft“, stellte sie fest. Das zeige sich beispielsweise im Ahrtal, wo ein Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe nur mit der Baubranche möglich sei. „Die Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz spielt für unser Bundesland eine ganz besonders wichtige, innovative und werthaltige Rolle. Das Handwerk und der Mittelstand sind ein wesentliches Fundament unserer Wertschöpfung und Wirtschaftsleistung“, so die Ministerin.

Auf der Haben-Seite der Politik sieht sie die Stoffpreisgleitklausel, mit der auf explodierende Preise reagiert werden soll. Wie Rohletter vor ihr plädierte Schmitt für eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung handwerklicher Berufe, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ein Meister sei so viel wert wie ein Master, stellte sie klar. Nicht zuletzt sollen auch Hürden bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen fallen, um so die Integration von Migranten zu erleichtern. Außerdem dürfe das Sozialsystem nicht zu stark ausgebaut werden, da sonst die Annahme einer Arbeit nicht mehr attraktiv sei, ergänzte Rohletter in einer Replik.

Was könnte sonst noch gegen die multiple Krise helfen? Der Unternehmenscoach und Gastredner Jörg Hawlitzeck rät zu Offenheit für neue Ideen. Zudem sollten Unternehmer nicht über Dinge klagen, die sich nicht ändern ließen, sondern da anpacken, wo es sich lohne. Ganz ähnlich klingt das bei Lars Reichow. „Wir ham’s doch selber in der Hand“, so der Entertainer bei seinem kurzen Auftritt.

Neue Ideen zeichneten schließlich Präsidiumsmitglied Peter Karrié zusammen mit Hauptgeschäftsführer Thomas Weiler aus: Kevin Kramp von der Hochschule Trier erhielt für eine Arbeit über 4D-Planungen den Hochschulpreis 2022 der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Weitere Preisträger sind Franziska Brenner-Kotschik (Hochschule Koblenz) und Nico Schneider, der seine Masterarbeit ebenfalls an der Hochschule Koblenz verfasste.

Abschied vom Vater der Bauwirtschaft RLP

WÜRDIGUNG: Landesverband ehrt Frank Dupré in feierlichem Rahmen

Frank Dupré ist so etwas wie der Vater der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Der am 11. Oktober 1954 in Speyer geborene Bauunternehmer war nicht nur erster Präsident des Verbands, sondern hat auch an der Entstehung der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz federführend mitgewirkt. Das betonte der frühere Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, bei der offiziellen Verabschiedung von Dupré. „Hut ab, dass du so lange Verantwortung für uns alle getragen hast“, bedankte er sich bei Dupré am Tag der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz 2022 Mitte Oktober.

Dass die Verabschiedung erst zwei Jahre nach Duprés Ausscheiden stattfand – mittlerweile ist er Ehrenpräsident –, sei der Corona-Pandemie geschuldet, erläuterte sein Nachfolger Klaus Rohletter. Das pass irgendwie zu Dupré, der sich laut Loewenstein durch seinen langen Atem, seine Ausdauer und Geduld auszeichne. Bei all seinen ehrenamtlichen Aufgaben habe der „Stratege und Diplomat“ Dupré diese Qualitäten auch benötigt.

Gründungsvorsitzender

2016 wurde Dupré zum Gründungsvorsitzenden der damals frisch konstituierten Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Der Verband, der mehr als 1.200 Unternehmen vertritt, ist aus dem Zusammenschluss des



Frank Dupré

Baugewerbes der Rheinland-Pfalz und des Landesverbands Bauindustrie Rheinland-Pfalz hervorgegangen. Vorher war Dupré unter anderem Präsident des Baugewerbesverbandes und Gründungsvorsitzender der Vereinigung Junger Bauunternehmer im ZDB. Auch in der Lokalpolitik von Speyer war er aktiv.

Frank Dupré selbst bedankte sich nur kurz für die Würdigung. Da sein Abschied

schon länger zurückläge, wolle er keine große Rede halten, so der Ehrenpräsident. In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und in Erwartung eines Abendessens dürften die meisten Anwesenden Dupré für diese Zurückhaltung dankbar gewesen sein. Vielleicht zeichnet auch das einen guten Präsidenten aus – sich im richtigen Moment zurücknehmen zu können. **HB**

49-Euro-Ticket laut Handwerkskammern für Azubis zu teuer

Das 9-Euro-Ticket, mit dem in den Monaten Juni, Juli und August diesen Jahres der öffentliche Nahverkehr von jedermann deutschlandweit genutzt werden konnte, war ein voller Erfolg. 52 Millionen Mal wurde das Ticket gekauft, das Haushalte entlasten und die Menschen zur Nutzung des ÖPNV bewegen sollte. Im Handwerk nährte es die Hoffnung, dass die langjährige Forderung der Handwerksorganisationen und Betriebe nach einem kostenlosen oder zumindest sehr günstigen Azubi-Ticket endlich Gehör finden könnte. Denn die Herausforderung für junge Menschen, Tag für Tag schnell und kostengünstig in den Ausbildungsbetrieb, in die Berufsschule und in die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung zu kommen, spielt eine gewichtige Rolle bei der Suche nach den Fachkräften von morgen.

Mitte Oktober hatten sich die Verkehrsminister von Bund und Ländern nun dazu bekannt, als Nachfolger des 9-Euro-Tickets ab dem 1. Januar 2023 ein 49-Euro-Ticket einführen zu wollen. Die wichtige Frage, wie das Ganze finanziert werden soll, blieb bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe ungeklärt. Wäre mit einem 49-Euro-Ticket die Forderung nach einem Azubi-Ticket erfüllt? Das DHB hat in den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern nachgefragt:

Schritt in die richtige Richtung

„Junge Menschen, die ein Handwerk erlernen und bereit sind, dafür auch längere Anfahrtswege auf sich nehmen, müssen ihre Fahrtkosten so gering wie möglich halten können. Vor diesem Hintergrund fordert das Handwerk seit geraumer Zeit ein 365-Euro-Jahresticket für Auszubildende“, erinnert Axel Bettendorf, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Trier. Das 49-Euro-Ticket sehe man nun als „einen Schritt in die richtige Richtung“. Auch Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz, begrüßt den Vorstoß der Verkehrsminister grundsätzlich. „Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass viele Menschen durchaus Bus und Bahn nutzen, wenn das Angebot stimmt. Daher ist grundsätzlich jede Maßnahme zu begrüßen, die zu einer Attraktivitätssteigerung des ÖPNV – vor allem für Auszubildende – führt“, so Fischer. Gerade für Azubis seien 49 Euro für ein monatliches Ticket aber immer noch zu teuer, findet Fischer. „Mit einem kostenlosen Azubi-Ticket könnten wir den Ausbildungsstandort Rheinland-Pfalz stärken, Auszubildende von Mobilitätskosten entlasten und entscheidend zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Deshalb bleibt unsere Forderung nach einem kostenlosen Azubi-Ticket bestehen, das landesweit und unabhängig von Verkehrsverbänden uneingeschränkt ganzjährig nutzbar ist“, so der Präsident der Kammer der Pfalz. Unterstützung bekommt Fischer von Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen: „Die Gleichwertigkeit der dualen Ausbildung mit dem Hochschulstudium muss durch viele kleine Bausteine untermauert werden. Die Möglichkeit für Azubis, kostenfrei in die Berufsschule, den Betrieb und an die überbetriebliche Ausbildungsstelle zu kommen, ist einer dieser kleinen Bausteine. Daher halten wir auch weiterhin an der Forderung nach dieser Entlastung für Auszubildende fest.“

Dichtere Netze und engere Takte

Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, wünscht sich ebenfalls eine kostengünstigere Lösung für Auszubildende, kann sich aber einen Kompromiss zwischen dem 49-Euro-Ticket und einer komplett kostenfreien Lösung vorstellen. „Wir unterstützen Überlegungen für ein Azubi-Ticket, das durchaus im Vergleich zu ‚normalen‘ 49-Euro-Tickets etwas günstiger sein kann. Das sollte uns allen die Unterstützung von Auszubildenden wert sein.“

Mit Blick auf das Flächenland Rheinland-Pfalz sei aber auch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots wichtig, so Krautscheid. „Denn das hat das 9-Euro-Ticket eben auch gezeigt: Genutzt wird es nur da, wo ein gut ausgebautes Verkehrsnetz vorhanden ist. Wenn dreimal am Tag der Bus im Zickzack durch den Hunsrück fährt, wird das wohl kaum für einen Lehrling von Nutzen sein, egal was das Ticket kostet.“ Auch Axel Bettendorf fordert „dichtere Netze und engere Takte“. **AS**

49-Euro-Ticket laut Handwerkskammern für Azubis zu teuer

Das 9-Euro-Ticket, mit dem in den Monaten Juni, Juli und August diesen Jahres der öffentliche Nahverkehr von jedermann deutschlandweit genutzt werden konnte, war ein voller Erfolg. 52 Millionen Mal wurde das Ticket gekauft, das Haushalte entlasten und die Menschen zur Nutzung des ÖPNV bewegen sollte. Im Handwerk nährte es die Hoffnung, dass die langjährige Forderung der Handwerksorganisationen und Betriebe nach einem kostenlosen oder zumindest sehr günstigen Azubi-Ticket endlich Gehör finden könnte. Denn die Herausforderung für junge Menschen, Tag für Tag schnell und kostengünstig in den Ausbildungsbetrieb, in die Berufsschule und in die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung zu kommen, spielt eine gewichtige Rolle bei der Suche nach den Fachkräften von morgen.

Mitte Oktober hatten sich die Verkehrsminister von Bund und Ländern nun dazu bekannt, als Nachfolger des 9-Euro-Tickets ab dem 1. Januar 2023 ein 49-Euro-Ticket einführen zu wollen. Die wichtige Frage, wie das Ganze finanziert werden soll, blieb bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe ungeklärt. Wäre mit einem 49-Euro-Ticket die Forderung nach einem Azubi-Ticket erfüllt? Das DHB hat in den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern nachgefragt:

Schritt in die richtige Richtung

„Junge Menschen, die ein Handwerk erlernen und bereit sind, dafür auch längere Anfahrtswege auf sich nehmen, müssen ihre Fahrtkosten so gering wie möglich halten können. Vor diesem Hintergrund fordert das Handwerk seit geraumer Zeit ein 365-Euro-Jahresticket für Auszubildende“, erinnert Axel Bettendorf, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Trier. Das 49-Euro-Ticket sehe man nun als „einen Schritt in die richtige Richtung“. Auch Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz, begrüßt den Vorstoß der Verkehrsminister grundsätzlich. „Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass viele Menschen durchaus Bus und Bahn nutzen, wenn das Angebot stimmt. Daher ist grundsätzlich jede Maßnahme zu begrüßen, die zu einer Attraktivitätssteigerung des ÖPNV – vor allem für Auszubildende – führt“, so Fischer. Gerade für Azubis seien 49 Euro für ein monatliches Ticket aber immer noch zu teuer, findet Fischer. „Mit einem kostenlosen Azubi-Ticket könnten wir den Ausbildungsstandort Rheinland-Pfalz stärken, Auszubildende von Mobilitätskosten entlasten und entscheidend zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Deshalb bleibt unsere Forderung nach einem kostenlosen Azubi-Ticket bestehen, das landesweit und unabhängig von Verkehrsverbänden uneingeschränkt ganzjährig nutzbar ist“, so der Präsident der Kammer der Pfalz. Unterstützung bekommt Fischer von Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen: „Die Gleichwertigkeit der dualen Ausbildung mit dem Hochschulstudium muss durch viele kleine Bausteine untermauert werden. Die Möglichkeit für Azubis, kostenfrei in die Berufsschule, den Betrieb und an die überbetriebliche Ausbildungsstelle zu kommen, ist einer dieser kleinen Bausteine. Daher halten wir auch weiterhin an der Forderung nach dieser Entlastung für Auszubildende fest.“

Dichtere Netze und engere Takte

Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, wünscht sich ebenfalls eine kostengünstigere Lösung für Auszubildende, kann sich aber einen Kompromiss zwischen dem 49-Euro-Ticket und einer komplett kostenfreien Lösung vorstellen. „Wir unterstützen Überlegungen für ein Azubi-Ticket, das durchaus im Vergleich zu ‚normalen‘ 49-Euro-Tickets etwas günstiger sein kann. Das sollte uns allen die Unterstützung von Auszubildenden wert sein.“

Mit Blick auf das Flächenland Rheinland-Pfalz sei aber auch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebots wichtig, so Krautscheid. „Denn das hat das 9-Euro-Ticket eben auch gezeigt: Genutzt wird es nur da, wo ein gut ausgebautes Verkehrsnetz vorhanden ist. Wenn dreimal am Tag der Bus im Zickzack durch den Hunsrück fährt, wird das wohl kaum für einen Lehrling von Nutzen sein, egal was das Ticket kostet.“ Auch Axel Bettendorf fordert „dichtere Netze und engere Takte“.



Eine Baggerschaufel vor blauem Himmel: Tatsächlich tun sich aus der Sicht der Branche am Horizont Wolken auf.

Bauwirtschaft sieht Land und Bund in der Pflicht

VERBANDSTAG: Aktuelle Situation in der Baubranche von Krisen geprägt.

VON HEIKO BECKERT

Nein, es sind keine einfachen Zeiten. Die Corona-Pandemie, eine stotternde Wirtschaft und ein Krieg in der Ukraine – „all das bewegt uns“, sagte Klaus Rohletter, Präsident der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, vor rund 300 Zuhörern im Mainzer Favorite Parkhotel. Angesichts dieser Herausforderungen sehe die Baubranche mit „gemischten Gefühlen“ in die Zukunft, berichtete er am „Tag der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz 2022“. Zwar sei die Auftragslage gut, doch es gebe viele Unsicherheiten.

Sorgen bereiten Rohletter – und der gesamten Branche – unter anderem die Energiekrise und steigende Kosten. Hier sei die Bundesregierung gefragt. Die Koalition in Berlin müsse „auch offen sein für Kernkraft“. „Ideologische Verblendung“ könne sich das Land nicht leisten, plädierte Rohletter für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken.

Zu schaffen machte auch das Anfang des Jahres von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verhängte Stopp der KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren. Das sei Gift für den Wohnungsbau gewesen. Und das von der Bundesregierung gesetzte Ziel von 400.000 Wohneinheiten ist ihm zufolge utopisch. „Aktuell müssen wir in der Bauwirtschaft vor allem im Wohnungsbau auf Sicht fahren.“

Die Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz funktioniere zwar besser als die im Bund, doch auch von der Landesregierung for-

derte Rohletter Nachbesserungen: „Wir freuen uns, dass die Politik verstärkt Finanzmittel für eine intakte Infrastruktur zur Verfügung stellt, aber es fehlt bei der Verwaltung an qualifiziertem Personal für Planung, Ausschreibung und Abwicklung von Aufträgen.“ Die Folge: eine „lähmende Bürokratie“, die wichtige Projekte verschleppe. Darüber hinaus sprach sich Rohletter für eine stärkere Nutzung heimischer Bodenschätze aus: „Wir brauchen die Bodenschätze vor Ort, wie Gesteine, Sand, Kies und Basalt. Und wir brauchen Deponieraum für nicht-verwertbare Böden.“

Baubranche spiele eine besondere Rolle

Ob diese Botschaften bei der anwesenden rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt angekommen sind? Die Ministerin empfahl sich jedenfalls als Ansprechpartnerin. Angesichts der krisenhaften Situation sei „Dialog wichtiger denn je“. Darüber hinaus betonte sie ihre Bereitschaft, mit der Baubranche zusammenzuarbeiten. „Ein Staat ist immer so stark, wie seine Wirtschaft“, stellte sie fest. Das zeige sich beispielsweise im Ahrtal, wo ein Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe nur mit der Baubranche möglich sei. „Die Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz spielt für unser Bundesland eine ganz besonders wichtige, innovative und werthaltige Rolle. Das Handwerk und der Mittelstand sind ein wesentliches Fundament unserer Wertschöpfung und Wirtschaftsleistung“, so die Ministerin.

Auf der Haben-Seite der Politik sieht sie die Stoffpreisgleitklausel, mit der auf explodierende Preise reagiert werden soll. Wie Rohletter vor ihr plädierte Schmitt für eine stärkere gesellschaftliche Wertschätzung handwerklicher Berufe, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ein Meister sei so viel wert wie ein Master, stellte sie klar. Nicht zuletzt sollen auch Hürden bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen fallen, um so die Integration von Migranten zu erleichtern. Außerdem dürfe das Sozialsystem nicht zu stark ausgebaut werden, da sonst die Annahme einer Arbeit nicht mehr attraktiv sei, ergänzte Rohletter in einer Replik.

Was könnte sonst noch gegen die multiple Krise helfen? Der Unternehmenscoach und Gastredner Jörg Hawlitzeck rät zu Offenheit für neue Ideen. Zudem sollten Unternehmer nicht über Dinge klagen, die sich nicht ändern ließen, sondern da anpacken, wo es sich lohne. Ganz ähnlich klingt das bei Lars Reichow. „Wir ham’s doch selber in der Hand“, so der Entertainer bei seinem kurzen Auftritt.

Neue Ideen zeichneten schließlich Präsidiumsmitglied Peter Karrié zusammen mit Hauptgeschäftsführer Thomas Weiler aus: Kevin Kramp von der Hochschule Trier erhielt für eine Arbeit über 4D-Planungen den Hochschulpreis 2022 der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Weitere Preisträger sind Franziska Brenner-Kotschik (Hochschule Koblenz) und Nico Schneider, der seine Masterarbeit ebenfalls an der Hochschule Koblenz verfasste.

Abschied vom Vater der Bauwirtschaft RLP

WÜRDIGUNG: Landesverband ehrt Frank Dupré in feierlichem Rahmen

Frank Dupré ist so etwas wie der Vater der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Der am 11. Oktober 1954 in Speyer geborene Bauunternehmer war nicht nur erster Präsident des Verbands, sondern hat auch an der Entstehung der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz federführend mitgewirkt. Das betonte der frühere Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, bei der offiziellen Verabschiedung von Dupré. „Hut ab, dass du so lange Verantwortung für uns alle getragen hast“, bedankte er sich bei Dupré am Tag der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz 2022 Mitte Oktober.

Dass die Verabschiedung erst zwei Jahre nach Duprés Ausscheiden stattfand – mittlerweile ist er Ehrenpräsident –, sei der Corona-Pandemie geschuldet, erläuterte sein Nachfolger Klaus Rohletter. Das erste irgendwie zu Dupré, der sich laut Loewenstein durch seinen langen Atem, seine Ausdauer und Geduld auszeichne. Bei all seinen ehrenamtlichen Aufgaben habe der „Stratege und Diplomat“ Dupré diese Qualitäten auch benötigt.

Gründungsvorsitzender

2016 wurde Dupré zum Gründungsvorsitzenden der damals frisch konstituierten Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Der Verband, der mehr als 1.200 Unternehmen vertritt, ist aus dem Zusammenschluss des



Frank Dupré

Baugewerbezweigs Rheinland-Pfalz und des Landesverbands Bauindustrie Rheinland-Pfalz hervorgegangen. Vorher war Dupré unter anderem Präsident des Baugewerbezweigs und Gründungsvorsitzender der Vereinigung Junger Bauunternehmer im ZDB. Auch in der Lokalpolitik von Speyer war er aktiv.

Frank Dupré selbst bedankte sich nur kurz für die Würdigung. Da sein Abschied

schon länger zurückläge, wolle er keine große Rede halten, so der Ehrenpräsident. In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und in Erwartung eines Abendessens dürften die meisten Anwesenden Dupré für diese Zurückhaltung dankbar gewesen sein. Vielleicht zeichnet auch das einen guten Präsidenten aus – sich im richtigen Moment zurücknehmen zu können.



Entwässerung: A1-Lückenschluss nimmt weitere Hürde

Mitte Oktober informierte Wirtschafts- und Verkehrsministerin Daniela Schmitt darüber, dass die Überprüfung der Entwässerungsplanung für den A1-Lückenschluss inzwischen abgeschlossen sei. Die angepassten Planunterlagen liegen zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen einer ergänzenden Planoffenlage bis zum 7. November 2022 öffentlich in den Gemeinden aus. Die Flutkatastrophe im Juli 2021 hatte eine Überprüfung der Entwässerungsplanung notwendig gemacht.

„Der A1-Lückenschluss ist eines der drängendsten Infrastrukturprojekte in Rheinland-Pfalz. Er ist von hoher Bedeutung für die Eifelregion aber auch für das deutsche Infrastrukturnetz insgesamt“, erklärte Schmitt. Sie begrüßte, dass die Überprüfung der Entwässerungsplanung nun abgeschlossen sei. „Wir planen verantwortungsvoll und zügig und kommen dem A1-Lückenschluss einen entscheidenden Schritt näher“, so die Verkehrsministerin.

Die Planungen für den A1-Lückenschluss hätten im Sommer 2021 kurz vor dem Abschluss gestanden. Aufgrund des Hochwasserereignisses Mitte Juli 2021 musste die bisherige Entwässerungsplanung für den A1-Lückenschluss überprüft werden. Diese Überprüfung in Abstimmung mit der zuständigen Wasserbehörde des Landes sei nun abgeschlossen. Demzufolge würden aufgrund des Flutereignisses höhere Niederschlagswerte zugrunde gelegt, so dass Planänderungen wie beispielsweise Vergrößerungen der Regenrückhaltebecken vorgenommen worden seien. Darüber hinaus werde durch die zusätzliche Anlage von Retentionsbodenfilteranlagen die Reinigungsleistung der Rückhalteanlagen zum Schutz der Gewässer deutlich erhöht und damit den aktuellen wasserrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen.

Durch die Umplanung und die Nachrüstung der entwässerungstechnischen Einrichtungen sei eine ergänzende Offenlage dieser so genannten Deckblattplanung erforderlich. Die ergänzenden Planunterlagen liegen derzeit nach vorheriger Bekanntmachung seit dem 6. Oktober für die Dauer eines Monats noch bis zum 7. November 2022 in den Verbandsgemeindeverwaltungen Adenau, Kelberg, Gerolstein und Daun sowie bei der Gemeindeverwaltung Blankenheim zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Zeitgleich können die Planunterlagen auch auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde beim Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz unter planfeststellung.lbm.rlp.de eingesehen werden.

Die Autobahn GmbH des Bundes hat am 1. Januar 2021 die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb aller Autobahnen in Deutschland übernommen und ist somit Vorhabenträger des Projektes. Zur Fortführung der fortgeschrittenen Planungsaktivitäten hat die Autobahngesellschaft eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Rheinland-Pfalz geschlossen.

730 Kilometer lange Verbindung

Mit dem Lückenschluss der A1 zwischen Kelberg und Blankenheim soll eine durchgehende Fernstraßenverbindung von der Ostsee bis nach Frankreich auf einer Länge von rund 730 Kilometern entstehen. Der Weiterbau der A1 ist im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen in die Dringlichkeit „Vordringlicher Bedarf“ eingestuft.

Die Planungen zum A1-Lückenschluss werden gemeinsam von der Autobahn GmbH des Bundes und dem Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz vorgenommen.

MWVLW/AS

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 45 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de